

## **Entschließungsantrag**

### **der Fraktion der SPD**

**zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P**  
**– Drucksachen 13/900, 13/1313 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf für eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzsystems vorzulegen, der die finanzielle Eigenverantwortung auf der Gemeindeebene gewährleistet und die finanziellen Implikationen der vorgeschlagenen Neuregelungen im einzelnen und umfassend darstellt. Von Anfang an muß hinreichend Klarheit über die Neugestaltung des Gemeindefinanzsystems bestehen. Ein gemeindliches Hebesatzrecht als Eckpfeiler des Gemeindefinanzsystems muß erhalten bleiben.

Dem berechtigten Anliegen der Länder und Gemeinden, vor einer Beschlußfassung über eine Reform des Gemeindefinanzsystems die finanziellen Auswirkungen im einzelnen abschätzen zu können, ist Rechnung zu tragen. Dazu sind – wie von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert – auch gemeindespezifische Modellrechnungen über die finanziellen Auswirkungen erforderlich.

Die notwendigen Vorarbeiten sind in enger Abstimmung mit Ländern und Gemeinden vorzunehmen, um frühzeitig eine tragfähige Grundlage für einen breiten Konsens zu erhalten.

Über Neuregelungen ist erst im Gesamtzusammenhang zu entscheiden. Eine Änderung des Grundgesetzes zum jetzigen Zeitpunkt ist deshalb weder erforderlich noch sinnvoll und wird daher abgelehnt.

Im übrigen ist die von der Bundesregierung im Jahressteuergesetz 1996 vorgesehene Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und die Absenkung bei der Gewerbeertragsteuer in Kombination mit

der vorgesehenen Gegenfinanzierung über eine Rückführung der degressiven Abschreibung wirtschaftspolitisch verfehlt und mittelstandsfeindlich.

Bonn, den 11. Mai 1995

**Rudolf Scharping und Fraktion**